

Antrag Nr. 15-F-08-0034

Linke&Piraten

Betreff:

Kein Investitionsstopp an Wiesbadener Schulen
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 23.06.2015-

Antragstext:

Der örtlichen Tagespresse vom 19. Juni 2015 ist zu entnehmen, die Schuldezernentin Rose-Lore Scholz habe einen „Investitionsstopp“ an 14 Wiesbadener Schulen verkündet. Den Schulen sei dieser mitgeteilt worden. „Begeistert war niemand, aber die Betroffenen schätzen die Offenheit“, wird Stadträtin Scholz zitiert. Die Stadtverordneten, insbesondere die Mitglieder des Ausschusses für Schule und Kultur wurden über diesen „Investitionsstopp“ bislang nicht informiert.

Zur Erfassung, Planung und Durchführung notwendiger Sanierungsarbeiten an Schulen der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde eine „Schulbauliste“ erstellt, deren regelmäßige Aktualisierung beschlossen worden war, um die erforderlichen Sanierungsarbeiten - den Prioritäten entsprechend - zügig durchführen zu können.

Neben erforderlichen Totalsanierungen bzw. Neubauten sind an einer ganzen Reihe von Schulen weitere Sanierungen durchzuführen, so z. B. an Dächern, an Heizungsanlagen, im Sanitärbereich sowie im Brandschutz/Sicherheitsbereich.

Der Forderung der Fraktion LINKE&PIRATEN, auf Vorlage einer aktualisierten „Schulbauliste“ und einer Aufstellung, welche Sanierungsmaßnahmen noch im laufenden Haushaltsjahr zu erledigen sind, ist die Schuldezernentin bzw. CDU/SPD-Koalition bislang nicht gefolgt.

Es zeigt sich aber aktuell, wie notwendig diese Informationen sind, damit entsprechende Mittel bereitgestellt werden und es nicht zu dem von Schuldezernentin Scholz bereits verkündeten Investitionsstopp kommt.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

1. Der Magistrat möge umgehend eine aktualisierte „Schulbauliste“ vorlegen, die die aktuell bekannten Sanierungs- und Neubauerfordernisse an den städtischen Schulen (mit den voraussichtlichen Kosten und Fristen zur Ausführung) enthält.
2. Insbesondere möge der Magistrat darlegen, welche Sanierungsmaßnahmen noch im laufenden Haushaltsjahr zu erledigen sind und welche Mittel hierfür noch bereit stehen bzw. überplanmäßig oder außerplanmäßig bereitgestellt werden müssen.
3. Auch möge der Magistrat mitteilen, welche Maßnahmen er zur Realisierung im Jahr 2016 bzw. 2017 vorsieht und welche Mittel dafür bereitgestellt werden sollen.
4. Der Ausschuss lehnt einen „Investitionsstopp an Schulen“ entschieden ab und erwartet, dass die bereits beschlossenen Maßnahmen unverzüglich umgesetzt und für die noch nicht einer Beschlussfassung zugeführten erforderlichen Maßnahmen den städtischen Gremien Vorlagen zur Beschlussfassung übermittelt werden.

Antrag Nr. 15-F-08-0034
Linke&Piraten

Wiesbaden, 24.06.2015